

23.01.2017

Rainer Wnoucek

361-2450

S 5

**Neufassung**  
**Vorlage für die Sitzung des Senats am 24.01.2017**

„Familienunfreundliches Bremen“  
(Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)

**Die Fraktion der CDU hat folgende Anfrage für die Fragestunde gestellt:**

„Wir fragen den Senat:

Wie lange warten Eltern aktuell durchschnittlich auf ihre Elterngeldbescheide?

Warum hat sich die Situation für die Eltern seit August 2016 nicht entspannt?

Welche Maßnahmen plant der Senat um bis wann die bestehenden Missstände zu beseitigen?“

**Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:**

**Zu Frage 1:**

Die Bearbeitungszeit zwischen dem Vorliegen des vollständigen, entscheidungsreifen Antrags und der ersten Auszahlung des Elterngeldes beträgt derzeit etwa 14 Wochen. Damit wird das Ziel, einen entscheidungsreifen Antrag innerhalb von vier Wochen zu bescheiden, um 10 Wochen überschritten. Antragstellerinnen und Antragsteller, die dadurch in eine finanzielle Notlage zu geraten drohen, können ein zinsloses Darlehen zur Überbrückung bei der Bremer Aufbau-Bank in Anspruch nehmen. Es wird innerhalb weniger Tage ausgezahlt und kann vier Wochen nach Vorliegen der vollständigen Antragsunterlagen beantragt werden.

**Zu Frage 2 und 3:**

Der gestiegene Beratungsbedarf von Antragstellerinnen und Antragstellern – vor allem durch das neue Elterngeld plus – ist zu Lasten der zeitlichen Ressourcen für die Antragsbearbeitung gegangen. Da die damalige personelle Ausstattung in Verbindung mit vier längerfristig ausgefallenen Kräften nicht mehr ausreichend war, wurde das Personal im vierten Quartal 2016 kurzfristig um 3,14 Stellen aufgestockt. Die erforderliche Einarbeitung durch die Teamleitung sowie erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter band zunächst Kapazitäten, so dass die Aufarbeitung der Bearbeitungsrückstände noch nicht im dem erforderlichen Maße möglich war.

Die neuen Kräfte bearbeiten inzwischen Anträge eigenverantwortlich. Im ersten Quartal 2017 wird sich daher die personelle Mehrausstattung in einer Reduzierung der Bearbeitungsdauer

auswirken. Neben den in 2016 neu eingestellten Kräften ist der Personalbestand Anfang 2017 um weitere 2,75 Stellen aufgestockt worden, eine zusätzliche Kraft wird voraussichtlich Anfang April 2017 folgen, so dass dann die aktuelle Zielpersonalplanung von 15,97 Stellen erreicht ist.

Anfang Februar 2017 wird die Elterngeldstelle durch Mehrarbeit und Optimierung der Prozesse konzentriert die Rückstände abarbeiten. Unter anderem werden die schnell zu entscheidenden Fälle prioritär abgearbeitet.

Über die getroffenen Maßnahmen und den jeweiligen Bearbeitungsstand wird künftig in der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration regelmäßig berichtet.